



Die US-Umweltschutzbehörde (Environmental Protection Agency, EPA) hat eine umfassende Deregulierungsinitiative angekündigt, die 31 Umweltvorschriften betrifft. Laut dem neuen Behördenleiter Lee Zeldin handelt es sich um den „folgenreichsten Deregulationstag in der amerikanischen Geschichte“. Die Maßnahmen sollen die Wirtschaft beleben, die Energieunabhängigkeit der USA stärken und die Automobilindustrie revitalisieren. Kritiker befürchten jedoch erhebliche Folgen für Umwelt- und Klimaschutz.

### **Ein fundamentaler Kurswechsel**

Die neuen Maßnahmen stellen eine radikale Abkehr von den Umweltauflagen der vergangenen Jahrzehnte dar. Bereits während der ersten Amtszeit von Präsident Donald Trump wurde der Fokus auf Deregulierung gelegt, um die Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft zu steigern und die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren. Nun erfolgt eine noch umfassendere Neuordnung der Umweltpolitik, die sich insbesondere auf die Kohle-, Öl- und Automobilindustrie auswirkt.

Zu den betroffenen Vorschriften gehören Emissionsgrenzwerte für Kraftwerke, Auflagen für den Öl- und Gassektor sowie Vorschriften für die Entsorgung industrieller Abwässer. Zudem steht die Überprüfung des sogenannten „Endangerment Findings“ Gesetzes von 2009 im Raum, das Treibhausgase als Gefahr für die öffentliche Gesundheit einstuft. Diese Klassifizierung bildet die rechtliche Grundlage für viele Klimaschutzmaßnahmen und könnte nun revidiert werden.

### **Die Argumentation der EPA**

Zeldin begründet die Maßnahmen mit der Notwendigkeit, bürokratische Hürden abzubauen und Kosten für Unternehmen und Verbraucher zu senken. Strenge Umweltauflagen hätten die Energiepreise erhöht und den Automobilsektor unnötig belastet. Die neue Politik solle eine Rückverlagerung von Arbeitsplätzen in die USA ermöglichen, Investitionen in traditionelle Energiequellen fördern und Innovationen im Energiesektor vorantreiben. Dabei setze die Regierung auf „wissenschaftsbasierte, rechtssichere und wirtschaftlich sinnvolle Lösungen“.

Ein besonderer Fokus liegt auf der Lockerung von Emissionsvorschriften für Kraftfahrzeuge. Die bisherigen Grenzwerte für den Treibstoffverbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Neuwagen sollen überarbeitet werden. Dies könnte eine Verlängerung der Produktionszeit von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor bedeuten und den staatlichen Druck zur Einführung von Elektroautos verringern.

### **Kritik von Umweltorganisationen**



Die angekündigten Maßnahmen stoßen auf scharfe Kritik von Umweltorganisationen und Wissenschaftlern. Sie warnen vor langfristigen negativen Folgen für die Umwelt sowie für die öffentliche Gesundheit. Der Rückbau von Emissionsgrenzwerten könnte zu einer höheren Luftverschmutzung führen, was insbesondere für dicht besiedelte Gebiete gesundheitliche Risiken bergen. Zudem gefährde die Rücknahme von Abwasserschutzregelungen die Wasserqualität in landwirtschaftlichen Regionen.

Besondere Besorgnis ruft die mögliche Aufhebung des „Endangerment Findings“ hervor. Experten sehen darin einen Versuch, die gesetzliche Grundlage für künftige Klimaschutzmaßnahmen zu schwächen. Ohne diese Einstufung würden CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht mehr als direkter Gesundheitsfaktor betrachtet, was weitreichende Folgen für Klimaschutzgesetze hätte.

### **Historische Parallelen und internationale Auswirkungen**

Die USA haben in der Vergangenheit wiederholt deutliche Kurswechsel in der Umweltpolitik vollzogen. Während unter der Obama-Regierung ambitionierte Klimaziele formuliert wurden, setzte die Trump-Administration auf eine systematische Deregulierung. Nun folgt eine weitere Phase des Abbaus von Umweltauflagen, die international aufmerksam verfolgt wird.

Besonders in Europa und Asien wird mit Skepsis auf die jüngsten Entwicklungen geblickt. Viele Länder haben sich verpflichtet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen drastisch zu senken und setzen verstärkt auf erneuerbare Energien. Die Rücknahme von Umweltvorschriften in den USA könnte die globale Zusammenarbeit im Klimaschutz erschweren und Spannungen in internationalen Handelsbeziehungen verstärken. Unternehmen, die in mehreren Märkten tätig sind, könnten sich gezwungen sehen, unterschiedliche Umweltstandards zu erfüllen, was die Produktionskosten erhöht.

### **Wirtschaftliche Chancen und Risiken**

Befürworter der Maßnahmen argumentieren, dass eine Lockerung der Umweltauflagen zu einer Senkung der Produktionskosten und zu neuen Investitionen führen könnte. Besonders die Automobil- und Energieindustrie könnten von weniger strengen Vorschriften profitieren. Kritiker bezweifeln jedoch, dass die wirtschaftlichen Vorteile die ökologischen und gesundheitlichen Kosten aufwiegen. Steigende Umweltverschmutzung könnte langfristig zu höheren Gesundheitsausgaben führen, während extreme Wetterereignisse und Naturkatastrophen hohe wirtschaftliche Schäden verursachen.

Ein weiterer Faktor ist die Unsicherheit für Unternehmen. Da Umweltregulierungen in den



USA in den letzten Jahrzehnten mehrfach verändert wurden, stellt sich die Frage, ob Unternehmen langfristig auf stabile Rahmenbedingungen setzen können. Investitionen in saubere Technologien könnten aufgrund der neuen Politik zurückgehen, was die Innovationskraft der US-Wirtschaft im internationalen Vergleich schwächen könnte.

## **Ausblick**

Die angekündigten Maßnahmen der EPA markieren einen Wendepunkt in der US-Umweltpolitik. Während die Regierung auf wirtschaftliche Vorteile und die Stärkung der Industrie setzt, warnen Kritiker vor den ökologischen und gesundheitlichen Folgen. Rechtliche Auseinandersetzungen sind bereits absehbar, da Umweltorganisationen und Bundesstaaten mit Klagen gegen die neuen Regelungen rechnen lassen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Politikänderungen auf die Umwelt, die öffentliche Gesundheit und die internationale Zusammenarbeit im Klimaschutz auswirken werden. Die USA stehen vor einer Grundsatzentscheidung: Soll kurzfristiges wirtschaftliches Wachstum Priorität haben, oder wird langfristig auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz gesetzt?

Von P. Tiko